



Gen-ethischer Informationsdienst

# Glyphosat-Zulassung trotz Bedenken - und jetzt?

## Umstrittenes Pflanzengift ist weitere fünf Jahre erlaubt

AutorIn

[Martha Mertens](#)

Die EU hat die Zulassung für das umstrittene Pflanzengift Glyphosat um fünf Jahre verlängert. In Deutschland geht es nun darum, Glyphosat-haltige Mittel massiv zu begrenzen und sich den Exit-Plänen anderer EU-Länder anzuschließen.

Ende November sorgte das Ja von Landwirtschaftsminister Christian Schmidt dafür, dass die EU-Länder mit einer qualifizierten Mehrheit für die Verlängerung der Glyphosat-Zulassung stimmten. Damit bleibt der wegen seiner möglichen Kanzerogenität und negativen Wirkung auf die Biodiversität umstrittene Herbizidwirkstoff fünf weitere Jahre bewilligt. Zuvor war es in Abstimmungen regelmäßig zum Patt gekommen, unter anderem weil Deutschland sich enthalten hatte: Schmidt war für die Zulassung, Umweltministerin Barbara Hendricks dagegen. Hendricks empörte sich denn auch über den Alleingang Schmidts und warf ihm Vertrauensbruch vor.<sup>1</sup> Seine Beteuerung, er habe im Vorfeld wesentliche Verbesserungen erreicht, ließ sie nicht gelten, beschränken sich diese doch darauf, den Glyphosat-Einsatz „für privaten Gebrauch und für andere Gebräuche zu reduzieren“.<sup>2</sup>

Im Vorfeld der EU-Entscheidung gab es zuhauf Berichte über *Monsantos* Versuche, Zweifel an der Sicherheit von Glyphosat zu zerstreuen. Wie veröffentlichte eMails zeigen, tauschte sich der Konzern dafür sogar mit Beamten der US-Umweltbehörde EPA aus.<sup>3</sup> Auch der „Sturm der Entrüstung“ über die Publikation der Arbeitsgruppe Séralini von 2012 zu toxischen Effekten von Glyphosat/Roundup auf Ratten war von Monsanto orchestriert.<sup>4</sup> Zudem finanzierte der Konzern 2016 diverse Studien, die Glyphosat vom Verdacht freisprechen, krebserregend zu sein.<sup>5</sup> Dass diese „Intertek-Papers“ genannten Studien kein Einzelfall sind, zeigt der Bericht von *Global 2000* „Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft“.<sup>6</sup>

Die *Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit* (EFSA) und das *Bundesinstitut für Risikobewertung* (BfR) stehen ebenfalls in der Kritik, da sie Studienergebnisse der Hersteller unkritisch in ihre positive Bewertung von Glyphosat übernommen haben. So räumte das BfR ein, es habe „ursprünglich auf die statistischen Auswertungen vertraut, die mit den Studien der Hersteller mitgeliefert wurden“.<sup>7</sup> Auf den Vorwurf, zahlreiche Passagen aus dem Zulassungsantrag ohne Kenntlichmachung in den Bewertungsbericht zu Glyphosat übernommen zu haben und somit in wesentlichen Teilen die Kriterien eines Textplagiats zu erfüllen, reagierte das BfR mit der Aussage: „Es ist dabei üblich und anerkannt, dass die Bewertungsbehörden nach kritischer Prüfung der Originalstudien auch Passagen aus eingereichten Dokumenten in ihre Bewertungsberichte integrieren.“<sup>8</sup> Umweltverbände haben inzwischen Anzeige gegen EFSA und BfR erstattet.<sup>9</sup>

Trotz der Ungereimtheiten und offensichtlichen Versuche der Einflussnahme durch die Hersteller waren

weder Schmidt noch EU-Kommission bereit, Glyphosat die Zulassung zu verweigern. In Reaktion auf eine Europäische Bürgerinitiative, in der 1,3 Millionen Menschen ein Verbot von Glyphosat fordern, versprach die EU-Kommission lediglich, die wissenschaftliche Bewertung von Pestiziden zu verbessern. Jetzt muss es darum gehen, auf nationaler Ebene die Zulassung Glyphosat-haltiger Mittel und deren Anwendungsgebiete massiv zu begrenzen. KritikerInnen von Glyphosat bauen hier auf das Umweltbundesamt, ohne dessen Zustimmung als Einvernehmensbehörde Glyphosat-Produkte nicht bewilligt werden können.

Sechs EU-Länder haben kürzlich von der EU-Kommission einen Ausstiegsplan für Glyphosat gefordert, der die Entwicklung von Alternativen und besserer Zulassungsverfahren sowie den Ausbau der Forschung zur Chemikalienbelastung der Bevölkerung beinhaltet. <sup>10</sup> Frankreich will eine Arbeitsgruppe leiten, die sich mit kurzfristigen Exit-Möglichkeiten befasst. Deutschland ist aufgerufen, sich dieser Gruppe umgehend anzuschließen.

- <sup>1</sup>BMUB Online Tagebuch, 28.11.17, [www.kurzlink.de/gid244\\_x](http://www.kurzlink.de/gid244_x).
- <sup>2</sup>Spiegel Online, 28.11.17, [www.kurzlink.de/gid244\\_y](http://www.kurzlink.de/gid244_y).
- <sup>3</sup>The Huffington Post, 07.08.17, [www.kurzlink.de/gid244\\_zz](http://www.kurzlink.de/gid244_zz).
- <sup>4</sup>GMWatch, 02.08.17, [www.kurzlink.de/gid244\\_w](http://www.kurzlink.de/gid244_w).
- <sup>5</sup>GMWatch, 03.10.16, [www.kurzlink.de/gid244\\_r](http://www.kurzlink.de/gid244_r).
- <sup>6</sup>Global 2000, März 2017, [www.kurzlink.de/gid244\\_u](http://www.kurzlink.de/gid244_u).
- <sup>7</sup>Ebd.
- <sup>8</sup>Bundesinstitut für Risikobewertung, 05.10.17, [www.kurzlink.de/gid244\\_v](http://www.kurzlink.de/gid244_v).
- <sup>9</sup>Global 2000, 04.12.17, [www.kurzlink.de/gid244\\_t](http://www.kurzlink.de/gid244_t).
- <sup>10</sup>Euractiv, 05.12.17, [www.kurzlink.de/gid244\\_s](http://www.kurzlink.de/gid244_s).

## **Informationen zur Veröffentlichung**

Erschienen in:

GID Ausgabe 244 vom Februar 2018

Seite 37